

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL/PROMNY: DER LEHRKRÄFTEMANGEL IN HESSEN MUSS BEKÄMPFT WERDEN

22.08.2024

- Deutliche Mehrheit der Hessen glaubt, dass Lehrkräftemangel Chancengerechtigkeit beeinträchtigt
- Lehrkräfte entlasten, Lehrberuf attraktiver machen
- KI kann zur Entlastung beitragen

"Nächste Woche startet das neue Schuljahr. Leider aber mit einem alten Problem – dem Lehrkräftemangel. Obwohl das Problem nicht erst seit gestern besteht, hat Schwarz-Rot ebenso wie die Vorgängerregierung eine Lösung bisher verschlafen", sagt Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Gemeinsam mit Moritz Promny, dem bildungspolitischen Sprecher der Fraktion, hat sie heute in einer Pressekonferenz über den Lehrkräftemangel in Hessen gesprochen und Forderungen zur Bekämpfung dieses Problems erhoben. "Die soziale Herkunft ist weiterhin der entscheidende Faktor für den Bildungserfolg in Hessen. Der Lehrkräftemangel kann bei Schülern mit einer sozialschwachen Herkunft diese Situation weiter verschärfen", erklärt Knell. "70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Hessen glauben, dass der Lehrkräftemangel in Hessen die Chancengerechtigkeit der Schülerinnen und Schüler beeinträchtigt." Das hat eine Umfrage ergeben, die das Institut INSA im Auftrag der Fraktion der Freien Demokraten durchgeführt hat.

Forderungen der Freien Demokraten zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels

Promny erklärt: "Schwarz-Rot redet sich die Zahlen zum Lehrkräftemangel schön. Die Landesregierung prognostiziert rückläufige Schülerzahlen und einen damit verbundenen sinkenden Lehrkräftebedarf im Grundschulbereich in den kommenden Jahren. Für sie ist



das Grund genug, um den aktuellen Lehrkräftemangel nicht stärker anzugehen. Aufgrund der akuten Unterbesetzung und der damit verbundenen Arbeitsbelastung ist aber schnelles Handeln gefragt." Hinzu komme, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab 2026 die Situation des Lehrkräftemangels noch weiter verschärfen werde. "Es braucht echte Wertschätzung gegenüber den Lehrkräften und entsprechende Signale an die Lehrerinnen und Lehrer. Die geringe Wertschätzung der Landesregierung zeigt sich beispielsweise darin, dass angehende Lehrkräfte zu Beginn der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Wir Freie Demokraten fordern ein Ende dieser Praxis. Neu ausgebildete Lehrkräfte sollen zum 1. August eingestellt werden, um Sommerferien-Arbeitslosigkeit zu vermeiden", so Promny. "Der Lehrberuf muss wieder attraktiver gemacht werden. Dazu müssen die Lehrkräfte endlich entlastet werden. Viele haben aufgrund der belastenden Situationen bereits ihre Arbeitszeit verringert. Es sind jetzt Anstrengungen nötig, Lehrerinnen und Lehrer wieder aus der Teilzeit herauszuholen."

Promny fordert eine Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer: "Wichtig ist insbesondere der Abbau von Bürokratie. Lehrkräfte brauchen wieder mehr Zeit für ihre Kernaufgabe – den Unterricht." Darüber hinaus sei der gezielte Einsatz digitaler Hilfsmittel sowie der Ausbau multiprofessioneller Teams notwendig. Promny fordert zudem eine umfassende Überprüfung der Lehrkräfteausbildung: "Neben der Schaffung von zusätzlichen Studienkapazitäten muss der gesamte Weg von der Ausbildung bis zum Berufseinstieg genauer betrachtet und analysiert werden, an welcher Stelle die Nachwuchskräfte aussteigen."

Chancen von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nutzen



Promny betont, dass die Digitalisierung an hessischen Schulen ein zentrales Thema für die Landesregierung sein müsse. "Die Fortschritte der Digitalisierung müssen an Hessens Schulen effektiv genutzt und so die Wissensvermittlung verbessert werden. Die Digitalisierung muss über die Bereitstellung von Endgeräten hinausgehen. Ein ausreichendes Angebot an Fortbildungen für Lehrkräfte ist für eine erfolgreiche Digitalisierung unabdingbar." Wichtig sei zudem, dass Lehrkräfte im Zuge der Digitalisierung nicht durch zusätzliche Aufgaben rund um IT-Wartung belastet werden dürfen. Daher erklärt Promny: "Wir Freie Demokraten schlagen vor, Mittel aus dem Digitalpakt 2.0 auch für IT-Administratoren zu nutzen."

Promny legt dar, dass der Einsatz von Künstlicher Intelligenz an hessischen Schulen zur Entlastung der Lehrkräfte beitragen könne: "KI kann zur Unterrichtsvorbereitung genutzt und in den Unterricht integriert werden." Bislang gebe es seitens des Kultusministeriums aber keine ausreichenden Informationen oder Angebote, um Lehrkräfte beim Umgang mit KI unterstützen. Promny sagt: "Die vorhandenen Fortbildungen sowie die Handreichung Ministeriums zum Thema KI sind nicht ausreichend praxisorientiert und gehen nicht auf die unterschiedlichen digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte ein. Es fehlt an gezielten Unterstützungsangeboten, die alle Lehrkräfte auf ein vergleichbares Niveau bringen, um den effektiven Einsatz von KI im Schulalltag sicherzustellen."

Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage finden Sie hier.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de